

# WKÖ gegen Vorpreschen der EU bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen

## ANGEMESSENE VERPFLICHTUNGEN FÜR ALLE GROßEN INDUSTRIE- UND SCHWELLENLÄNDER NÖTIG – VORAUSSETZUNGEN FÜR ERHÖHUNG DER REDUKTIONSVERPFLICHTUNG VON 20 AUF 30 % FEHLEN

Knappe zwei Monate vor der großen Kopenhagen-Klimakonferenz der Vereinten Nationen für die Festlegung der Klimaschutzziele von 2013 bis 2020 warnt die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) vor unausgegorenen Alleingängen der EU. Trotz des Anteils von nur ca. 14% an den globalen Emissionen hat sich die EU mit der Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20% als globaler Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel etabliert. Nun steht die EU vor der Herausforderung, die anderen großen Wirtschaftsräume wie Nord- und Südamerika, China, Indien, Korea, Japan und Australien davon zu überzeugen vergleichbare Emissionsreduktionsmaßnahmen zu übernehmen.

„Für eine weitere Ausdehnung der Klimaschutzverpflichtung auf 30 % fehlen die Voraussetzungen: Weder gibt es vergleichbare Angebote anderer Länder, noch weiß irgendjemand in der Europäischen Kommission, wie man das 30-Prozent-Ziel erreichen kann“, sagt Stephan Schwarzer, WKÖ-Umweltabteilungsleiter bei der heutigen Großveranstaltung der Wirtschaftskammer zu den bevorstehenden Weichenstellungen in der Klimapolitik und zu den Entwicklungen im europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionshandelsregime.

Trotz der verdienstvollen Öffnung der USA für den globalen Klimaschutz im Rahmen eines auf UN-Basis auszuhandelnden Abkommens werden derzeit nur in Europa Betriebe mit CO<sub>2</sub>-Kosten von 12 bis 17 € für jede emittierte Tonne CO<sub>2</sub> belastet. Bei dem außerhalb der EU am weitesten entwickelten Emissionshandelsregime - einer Gruppe von US-Bundesstaaten -müssen Betriebe hingegen nur 2, 50 US-Dollar pro Emissionstitel bezahlen, also etwa nur ein Zehntel des europäischen Preises. „Es wird noch viel Zeit verstreichen, ehe CO<sub>2</sub>-Emissionen in der ganzen Welt gleich viel kosten. Schnüren wir das Korsett in der EU für die Betriebe einseitig enger, müssen diese den EU-Raum verlassen, weil der Kostenunterschied nicht mehr durch andere Faktoren ausgeglichen werden kann“, warnt Schwarzer.

## EU-Klima-Energie-Paket: Umsetzung des 20-Prozent-Ziels

Das heuer beschlossene EU-Klima-Energie-Paket ist dementsprechend auf die Umsetzung des 20-Prozent-Ziels ausgerichtet. Sollte in Kopenhagen nun ein höheres Ziel als 20 Prozent für die EU vereinbart werden, wäre das gesamte Paket zu revidieren. Gleiches gilt für die österreichische Energiestrategie, die derzeit von der Bundesregierung vorbereitet wird. Auch sie basiert auf dem Gesamtreduktionsziel der EU 27 von 20 % und den daraus abgeleiteten österreichspezifischen Teilzielen.

„Jedenfalls müsste bei einem Abgehen von den 20 % die EU-interne Lastenverteilung zwischen dem wettbewerbsorientierten Sektor und den übrigen Sektoren neu verhandelt werden. Es ginge nicht an, dass der Rucksack gerade jener Betriebe, die weltweit einem scharfen Wettbewerb unterliegen, noch einmal mit Bleigewichten beladen wird“, stellt Schwarzer klar. „Für die zusätzlich erforderlichen Reduktionsbeiträge müssten die Regierungen die nationalen Verpflichtungen erhöhen anstatt sie den Betrieben aufzubürden.“

Die heutige WKÖ-Veranstaltung „Europäischer Emissionshandel und globale Klimapolitik: Was kommt auf die österreichische Wirtschaft zu?“ lockt über 200 BesucherInnen in das Haus der Wirtschaft. Die Highlights der Veranstaltung sind Vortragende aus den USA und der EU-Kommission zur Kopenhagener Konferenz sowie zur neuen Ausrichtung der amerikanischen und kalifornischen Klimapolitik. Der Nachmittag ist Fachthemen zum EU-Emissionshandel gewidmet. Den Abschluss bildet eine Podiumsdiskussion zur Umsetzung der EU-Vorgaben in Österreich durch die ins letzte Drittel der Ausarbeitung gehende neue Energiestrategie der Bundesregierung.